

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

44
80

Union in Deutschland

Bonn, den 17. Dezember 1980

Liebe Freunde,

hinter uns liegt ein Jahr voller Einsatz und harter Arbeit. Wir haben uns, das stellen auch neutrale und objektive Beobachter fest, in diesem Bundestagswahlkampf — der, wie ich meine, der schwierigste war, den die Union bisher zu bestehen hatte — hervorragend geschlagen.

Es ist uns gelungen, unsere Mitglieder und Freunde voll zu mobilisieren — eine Aufgabe, die nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und nach den Umfrageergebnissen im Sommer dieses Jahres fast unlösbar schien. Neue Umfragen zeigen, daß die Bürger den Eindruck gewonnen haben, daß sich die Mitglieder und Freunde der Union wesentlich engagierter für unsere gemeinsame Sache eingesetzt haben als die Anhänger von SPD und FDP.

Es ist uns gelungen, die Sachthemen des Wahlkampfes zu bestimmen und unsere zukunftsorientierten Themen zu den beherrschenden Themen der Wahlauseinandersetzung zu machen; das gilt vor allem für die Familien- und Rentenpolitik, für die Staatsverschuldung und die Energiesicherung.

Es ist uns gelungen, nicht nur einen inhaltlich, organisatorisch und werblich effizienten Wahlkampf zu führen, sondern auch einen sparsamen. Man kann davon ausgehen, daß die SPD seit dem 1. Januar 1980 ca. 60 Millionen

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ BUNDESPARTEI

Die sechs Schwerpunkte für die politische Arbeit der nächsten zwei Jahre erläuterten Helmut Kohl und Heiner Geißler vor der Bundespressekonferenz und vor dem Bundesausschuß Seite 3—6

■ BUNDESTAGS-FRAKTION

Die Vorsitzenden und Obmänner der Ausschüsse des Bundestages Seite 7

■ LANDES-PARTEITAGE

Schleswig-Holstein: Durch gute Kommunal- und Landespolitik für neuen Aufschwung sorgen Berlin: Deutsche Staatsangehörigkeit steht nicht zur Disposition Seite 11—15

■ TERMINE

Die Sitzungswochen des Bundestages 1981 Seite 16

■ DOKUMENTATION

Ölpreise und Hunger in der Welt grüner Teil

Ein gesegnetes Weihnachtsfest und Glück und Erfolg für das neue Jahr wünschen Redaktion und Verlag allen Lesern des UiD.

UiD 1/1981 erscheint am 15. Januar 1981.

DM für den Wahlkampf ausgegeben und die im Wahlkampfabkommen für die SPD gesetzte Höchstsumme von 40 Millionen DM erheblich überschritten hat. Eine Folge ist, daß sich die SPD in einer Nacht- und Nebelaktion von 70 bis 80 Mitarbeitern trennen mußte. Wir haben uns an das Wahlkampfabkommen gehalten. Auch wir werden sparen müssen; aber wir werden mit unseren Mitarbeitern nicht so umgehen, wie dies die SPD getan hat. In den kommenden Wochen und Monaten werden wir uns vor allem mit der Frage auseinandersetzen müssen, welche Schlüsse wir aus dem Wahlergebnis vom 5. Oktober ziehen und wie wir erfolgreich die Landtagswahlen in den kommenden Jahren und die Bundestagswahl 1984 bestehen können. Präsidium und der erweiterte Bundesvorstand der CDU erarbeiten gegenwärtig ein Konzept für die Arbeit der kommenden zwei Jahre. Dieses Konzept soll auf unserem nächsten Parteitag am 9./10. März 1981 diskutiert und beschlossen werden. Helmut Kohl und ich haben die Themen, die nach Auffassung des Bundesvorstandes dabei im Vordergrund stehen sollen, vor der Bundespressekonferenz am 16. Dezember 1980 genannt:

- Europa
- Nord-Süd-Konflikt
- umweltfreundliches Wachstum
- Vollbeschäftigung
- Wahlfreiheit für Männer und Frauen in Familie und Beruf
- Chancen und Zukunft der Jugend.

Zum Thema Medienpolitik wird die CDU im ersten Halbjahr 1981 einen wissenschaftlichen Fachkongreß abhalten.

Ebenso wichtig wie die Themen, die wir diskutieren und an denen wir in nächster Zeit arbeiten wollen, ist, daß wir jetzt wieder zu einer offenen und wenn notwendig auch kontroversen Sachdiskussion finden. Eine solche Diskussion ist kein Selbstzweck. Sie ist Voraussetzung dafür, problemgerechte Lösungen zu entwickeln und unseren Verfassungsauftrag zu erfüllen, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Dazu gehören Offenheit und Toleranz und Respekt vor dem Argument desjenigen, der auf der Grundlage gemeinsamer politischer Grundüberzeugungen eine andere Auffassung in der Sache vertritt.

Nach wie vor ist die Union die stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland. Bundesregierung und SPD/FDP haben, das zeigt die Regierungserklärung des Bundeskanzlers, nicht die Kraft, die vor uns liegenden Probleme zu lösen und die Zukunft zu sichern.

Sozialistische Ideologien und Philosophien befinden sich überall auf der Welt auf dem Rückzug. Die Zeit arbeitet für uns, wenn wir auf der Höhe der Zeit bleiben, wenn wir offen und sensibel für die Probleme unserer Bürger sind und uns nicht in Personalauseinandersetzungen verstricken.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr.

Ihr

HEINER GEISSLER

■ BUNDESPARTEI

Die sechs Schwerpunkte für die politische Arbeit der nächsten zwei Jahre

**Bundesvorstand und Bundes-
ausschuß haben unter Vorsitz von
Helmut Kohl am 12. und 13. De-
zember 1980 bzw. am 8. Dezember
1980 ausführlich die politische
Lage zu Beginn der 9. Legislatur-
periode des Deutschen Bundestages
diskutiert und sechs Schwerpunkte
für die politische Arbeit in den
nächsten zwei Jahren herausgestellt.
Ende Januar wird der Bundes-
vorstand ein entsprechendes
Arbeitsprogramm für die nächsten
zwei Jahre beraten und als Antrag
für den Bundesparteitag im März
1981 in Mannheim beschließen. Vor
der Bundespressekonferenz in
Bonn gaben Helmut Kohl und Heiner
Geißler am 16. Dezember 1980
Einzelheiten bekannt.**

Helmut Kohl erklärte u. a.: In seiner zweitägigen Sitzung in Boppard be-
riet der erweiterte Bundesvorstand der
CDU unter Teilnahme der Vorsitzenden
der Landesparteien und der Landtags-
fraktionen am 12. und 13. Dezember
1980 über die Schwerpunkte der Partei-
arbeit für die nächsten zwei Jahre.
Grundlage der Beratungen war eine
ausführliche Wahlanalyse von Frau Pro-
fessor Dr. Noelle-Neumann, der sich
eine intensive Aussprache anschloß.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand
das Wahlverhalten der jungen Genera-

tion, der jungen und berufstätigen Frauen,
der sogenannten Aufsteigerschichten
und die konfessionelle Struktur der
Wählerschaft.

Der Bundesvorstand war sich einig,
daß es für die CDU jetzt besonders
darauf ankommt, das wahlfreie Jahr
bis zum Sommer 1982 für eine inten-
sive Diskussion wichtiger politischer
Themen zu nutzen.

Die Union muß sich als eine offene und
sensible Partei für die Probleme des
Bürgers erweisen, die mit allen Schich-
ten unseres Volkes dialog- und diskus-
sionsfähig bleibt.

Die CDU hat sich dabei zum Ziel ge-
setzt, diese politischen Diskussionen
auf allen Ebenen bis hinunter zu den
Kreisverbänden zu führen.

Der Bundesvorstand ist dabei von einer
Arbeitsteilung zwischen Fraktion und
Partei ausgegangen. Das Arbeitspro-
gramm der Fraktion bleibt das gemein-
same Wahlprogramm der CDU und
CSU.

Unser Wort gilt auch nach der Wahl.
Dies bleibt die Voraussetzung für unse-
re Glaubwürdigkeit.

**Die Fraktion wird sich deshalb im
Bundestag mit den aktuellen Fragen
der sich verschlechternden Wirt-
schaftslage, der wachsenden Arbeits-
losigkeit, der Energieversorgung, der**

Konsolidierung des Haushalts, der Verschärfung des Ost-West-Konflikts durch die sowjetische Interventionspolitik und damit der Sicherheitspolitik insgesamt zu befassen haben.

Die Mitglieder des Bundesvorstandes waren aber übereinstimmend der Auffassung, daß daneben die Diskussion um zentrale Fragen der Zukunftsgestaltung verstärkt werden muß.

Die CDU will eine regierungsfähige Mehrheit durch eine wertorientierte, langfristig angelegte Politik gewinnen. Die Themen wird sie in einer offenen Diskussion auf sämtlichen Ebenen der Partei und in ihren Vereinigungen aufbereiten.

Der Bundesvorstand beschloß, folgende sechs Themen in den nächsten zwei Jahren in den Mittelpunkt der Parteiarbeit zu stellen.

1 Europa: Die CDU wird das Thema „Europa“ wieder in das öffentliche Bewußtsein rücken, indem sie Vorschläge zur Fortentwicklung der politischen Einigung entwickelt und wichtige politische Themen aufgreift (zum Beispiel verantwortungsvolle Weiterentwicklung des Agrarmarktes). Die Zusammenarbeit in der Europäischen Volkspartei soll verstärkt werden.

2 Den Nord-Süd-Konflikt wird die CDU sowohl als außenpolitisches Thema zur Sicherung des Friedens als auch als soziales und moralisches Problem (Hilfe für den verhungerten Nächsten in der Dritten Welt) verstärkt aufgreifen.

3 Das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie: Die CDU wird darüber debattieren, wie wirtschaftliches Wachstum und Schonung unserer natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt wieder in ein Gleichgewicht

gebracht werden können — und wie die Lebensbereiche der Menschen überschaubarer gestaltet werden können.

- ④ Für eine **Politik der Vollbeschäftigung in den 80er Jahren** wird die CDU neue Initiativen ergreifen und in diesem Zusammenhang insbesondere die Situation ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Kinder berücksichtigen.
- ⑤ **Wahlfreiheit für Frauen und Männer in Familie und Beruf.**
- ⑥ **Chancen und Zukunft der Jugend** unter besonderer Berücksichtigung von Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungsfragen.

Als gemeinsame Leitidee bei all diesen Themen sollen die geistig-politischen Grundlagen von Staat und Gesellschaft betont und herausgestellt werden.

Das Thema „Medienpolitik“ wird die CDU im ersten Halbjahr 1981 auf einem wissenschaftlichen Fachkongreß diskutieren und ihre Entscheidungen vorbereiten.

Vor dem Bundesausschuß hatte sich Helmut Kohl entschieden gegen das törichte Spekulieren über Koalitionsveränderungen in den nächsten vier Jahren gewandt. Er wiederholte, daß die CDU/CSU den ihr vom Wähler übertragenen wichtigen Auftrag einer Opposition im Bund ohne Wenn und Aber annehme. CDU und CSU hätten sich auf eine volle Oppositionszeit für die nächste Legislaturperiode eingerichtet.

Dies gelte auch angesichts der wachsenden Schwierigkeiten, denen sich das Regierungsbündnis gegenübersehe. Helmut Kohl sprach von einem Prozeß der geistigen Austrocknung, an dem die Politik der Koalition aus SPD und FDP leide. Demgegenüber werde

die Union am klaren Kurs ihrer Politik festhalten und sich nicht von einer Taktik abhängig machen, die ihren Erfolg allein in einer vorzeitigen Ablösung der Regierung suche. Die Regierung müsse mit ihren internen Auseinandersetzungen selbst fertig werden.

Zusammenfassend sagte der Parteivorsitzende in seinem Lagebericht, daß die Union als Partei, die als einzige politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland allein mehrheitsfähig sei, eine gute Chance habe, die politische Führung wieder zu übernehmen, wenn sie mit harter Arbeit, gelassen und ohne Hektik und Eile sowie in der in den letzten Monaten bewiesenen Geschlossenheit an die Bewältigung der schweren Aufgaben herangehe, denen sich unser Volk gegenübersehe.

Zurückgewinnen

Heiner Geißler erklärte vor der Bundespressekonferenz u. a.: Eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Generalsekretärs wird zu den sechs genannten Themen ein Arbeitsprogramm erarbeiten, über das der Bundesvorstand am 26. Januar 1981 beraten und — als Antrag für den Bundesparteitag — beschließen wird.

Auf dem nächsten Bundesparteitag der CDU (am 9. und 10. März 1981 in Mannheim) steht die Neuwahl der gesamten Parteiführung an. Außerdem wird der Bundesparteitag das Arbeitsprogramm der CDU für die kommenden Jahre beraten und beschließen. Es ist vorgesehen, daß der übernächste Parteitag bereits im Spätherbst 1981 über wichtige Sachfragen der Politik stattfindet.

Eine vom Bundesvorsitzenden beauftragte Arbeitsgruppe von Fachleuten aus den Ländern und aus der Bundes-

Bitte beachten:

Antragsfrist zum 29. Bundesparteitag

Nach § 5 Absatz 1 der Geschäftsordnung der CDU sind Anträge für den Bundesparteitag dem Bundesvorstand schriftlich zuzuleiten. Sie müssen spätestens vier Wochen vor dem Bundesparteitag bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein.

Nach dieser Bestimmung endet die Antragsfrist für den 29. Bundesparteitag in Mannheim am Montag, dem 9. Februar 1981.

Antragsberechtigt zum Bundesparteitag sind:

1. Der Bundesvorstand der CDU.
2. Der Bundesausschuß der CDU.
3. Die jeweiligen Verbände der Bundesvereinigungen.
4. Die jeweiligen Vorstände der CDU-Landesverbände und der Exil-CDU.
5. Die jeweiligen Vorstände der Kreisverbände.

Nach Ablauf der Antragsfrist können nur noch Sachanträge auf dem Bundesparteitag eingebracht werden. Diese Anträge sind von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten zu unterschreiben.

tagsfraktion wird bereits im Februar Vorschläge für Initiativen zum Thema Wohnungsbau vorlegen.

Die große Aufgabe unserer Zeit ist es, den Zukunftsinteressen unseres Volkes den notwendigen Vorrang gegenüber den Wünschen der Gegenwart einzuräumen und dabei zugleich die Wertorientierung unserer Politik zu verdeutlichen.

Die CDU wird deshalb eine Kommission aus Wissenschaftlern und Politikern einrichten, deren Aufgabe es ist, zentra-

le Probleme der Zukunft zu analysieren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten („Zukunftscommission“). Sie folgt damit einem Vorschlag der Jungen Union. Aufgabe dieser Kommission wird es sein, das Grundsatzprogramm der CDU zu konkretisieren durch Lösungsvorschläge, die unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität exemplarisch verdeutlichen.

Die CDU und ihre Mitglieder werden konkrete Beispiele für mehr Menschlichkeit geben. Das „Internationale Jahr der Behinderten“ werden unsere Mitglieder nicht zu Deklamationen, sondern zur tätigen Hilfe für den Nächsten in Not nutzen. Auf diese Weise wird die CDU die moralische Qualität ihrer Politik und ihr Engagement im Alltag verdeutlichen.

Vor dem Bundesausschuß hatte Heiner Geißler zur vieldiskutierten Frage der Jungwähler noch folgendes ausgeführt: Für die künftige Mehrheitsfähigkeit der Union sind die Jugendlichen von herausragender Bedeutung. Auch wenn über das Wahlverhalten der Jungwähler erst die repräsentative Wahlstatistik genau Auskunft geben wird, läßt sich bereits jetzt feststellen, daß es eine Hauptaufgabe der Partei in den kommenden Jahren sein wird, die Mehrheit der Jugendlichen für die Politik der CDU zurückzugewinnen.

Dabei können wir uns nicht darauf beschränken, die Erstwähler, also die 18- bis 22jährigen gezielt anzusprechen. Eine Untersuchung eines Meinungsforschungsinstituts hat gezeigt, daß die politische Ansprache, die Werbung um Zustimmung bereits einsetzen muß, bevor der Jugendliche seine erste Wahlentscheidung getroffen hat.

Diese Untersuchung hat nämlich festgestellt, daß in der Gruppe der 14- bis

15jährigen Jugendlichen die Präferenzen sich fast völlig gleich auf Union und SPD verteilen (23 % CDU/CSU — 24 % SPD). Mit zunehmendem Alter sinkt dann die Präferenz für die CDU bis auf den Tiefstand von 19 % bei der Gruppe der 20- bis 21jährigen (SPD 53 %).

Diesen Tatbestand werden wir noch eingehend auf seine Ursachen untersuchen müssen. Wir werden dabei nach dem Einfluß von Institutionen, aber auch der Medien fragen müssen. Sicher aber müssen wir uns selbst fragen, welches Bild von uns wir selbst diesen Jugendlichen vermitteln.

Diese Jugendlichen befinden sich in der Phase ihres Lebens, wo sie sich ihren politischen Standort erst bilden. Auf sie wird deshalb derjenige keinen Eindruck machen, der ihnen mit einem Unfehlbarkeitsanspruch gegenübertritt, der sein Programm verkündet, keinen Widerspruch duldet und den Gesprächspartner nicht zu Wort kommen läßt. Diese jungen Menschen wird nur überzeugen können, wer seine Grundsatztreue mit Toleranz und Offenheit verbindet, wer zuhören kann, wer zugeibt, daß er nicht auf alle Fragen eine Antwort besitzt.

An diesen Anforderungen werden wir unsere Parteiarbeit auszurichten haben. Wir haben bereits ein Modell für die offene und kontroverse Diskussion politischer Fragen entwickelt, die wissenschaftlichen Fachkongresse, auf denen brennende Streitfragen im Dialog zwischen Partei, Wissenschaft und Öffentlichkeit diskutiert worden sind. Formen solcher offenen Diskussion gilt es beständig und auf allen Ebenen der Partei, von der Bundespartei bis zum Ortsverband zu praktizieren.

■ BUNDESTAG

Vorsitzende und Obleute der Ausschüsse des Bundestages

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 9. Dezember 1980 die 8 Beisitzer des Fraktionsvorstandes gewählt. Die Wahl des Vorstandes ist damit abgeschlossen. Neben dem Vorsitzenden, seinen Stellvertretern, den Parlamentarischen Geschäftsführern, den Justitiaren, den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen und sonstigen Gruppen der Fraktion gehören folgende Abgeordnete dem Fraktionsvorstand an (in alphabetischer Reihenfolge):

Albert Burger, Stefan Höpfinger (CSU), Volkmar Köhler (Wolfsburg), Werner Marx, Volker Rühe, Jürgen Warnke (CSU), Heinrich Windelen, Otto Zink. (Vgl. auch UiD 41/80 — Die Führung der Bundestagsfraktion.)

Außerdem hat die Bundestagsfraktion die von der CDU/CSU gestellten Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsausschüsse sowie die Obleute und die stellv. Obleute dieser Ausschüsse gewählt bzw. ernannt.

Vorsitzende folgender Bundestagsausschüsse:

Haushaltsausschuß: Heinrich Windelen

Verteidigungsausschuß: Werner Marx

Auswärtiger Ausschuß: Rainer Barzel

Ausschuß für Wirtschaft: Werner Dollinger (CSU)

Ausschuß für Verkehr: Karl Heinz Lemmrich (CSU)

Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Oscar Schneider (CSU)

Ausschuß für Forschung und Technologie: Albert Probst (CSU)

Sportausschuß: Ferdinand Tillmann

Petitionsausschuß: Lieselotte Berger
Stellvertretende Vorsitzende:

Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: Wolfgang Bötsch (CSU)

Innenausschuß: Günter Volmer

Rechtsausschuß: Anton Stark (Nürnberg)

Finanzausschuß: Rudolf Sprung

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Diedrich Schröder (Wilhelminenhof)

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung: Adolf Müller (Remscheid)

Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit: Klaus Hartmann (CSU)

Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen: Alfred Hubertus Neuhaus

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen: Olaf von Wrangel

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft: Ursula Benedix-Engler

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Heinz Günther Hüsch

Folgende Abgeordnete wurden zu Obleuten bzw. stellv. Obleuten gewählt:

Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: Obmann Wolfgang Bötsch, Stellv. Werner Broll

Petitionsausschuß: Otto Regenspurger (CSU), Stellv. Gerhard Braun

Auswärtiger Ausschuß: Manfred Abelein, Stellv. Franz Ludwig Graf Stauffenberg

Innenausschuß: Karl Miltner, Stellv. Hans-Joachim Jentsch (Wiesbaden)

Sportausschuß: Heinz Schwarz, Stellv. Karl-Heinz Spilker

Rechtsausschuß: Hans Hugo Klein (Göttingen), Stellv. Fritz Wittmann

Finanzausschuß: Reinhold Kreile, Stellv. Wolfgang Schäuble

Haushaltsausschuß: Lothar Haase (Kassel), Stellv. Erich Riedl (München)

Ausschuß für Wirtschaft: Christian Schwarz-Schilling, Stellv. Matthias Wissmann

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Egon Susset, Stellv. Karl Eigen

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung: Otto Zink, Stellv. Stefan Höpfinger

Verteidigungsausschuß: Willi Weiskirch (Olpe), Stellv. Alfred Biehle

Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit: Albert Burger, Stellv. Gerhard Braun

Ausschuß für Verkehr: Günter Straßmeier, Stellv. Dionys Jobst

Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen: Gerhard O. Pfeffermann, Stellv. Klaus Bühler (Bruchsal)

Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Franz Möller, Stellv. Lorenz Niegel

Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen: Olaf Baron von Wrangel, Stellv. Eduard Lintner

Ausschuß für Forschung und Technologie: Christian Lenzer, Stellv. Ludwig Gerstein

Ausschuß für Bildung und Wissen-

schaft: Volker Rühe, Stellv. Klaus Dake

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Volkmar Köhler (Wolfsburg), Stellv. Peter Höffkes

Die Ausschüsse haben folgende Mitgliederzahl

1. Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung 13 Mitglieder
2. Petitionsausschuß 27 Mitglieder
3. Auswärtiger Ausschuß 33 Mitglieder
4. Innenausschuß 27 Mitglieder
5. Sportausschuß 13 Mitglieder
6. Rechtsausschuß 27 Mitglieder
7. Finanzausschuß 31 Mitglieder
8. Haushaltsausschuß 33 Mitglieder
9. Ausschuß für Wirtschaft 31 Mitglieder
10. Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 27 Mitglieder
11. Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung 33 Mitglieder
12. Verteidigungsausschuß 27 Mitglieder
13. Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit 25 Mitglieder
14. Ausschuß für Verkehr 27 Mitglieder
15. Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen 13 Mitglieder
16. Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 27 Mitglieder
17. Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen 25 Mitglieder
18. Ausschuß für Forschung und Technologie 25 Mitglieder
19. Ausschuß für Bildung und Wissenschaft 25 Mitglieder
20. Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit 25 Mitglieder

■ INFORMATION / KOALITION

Wenig Respekt vor der Verfassung

Zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die „Berufsbildungsabgabe“ des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes als verfassungswidrig erklärt und festgestellt hat, daß das Gesetz nach dem Grundgesetz nicht gültig zu stande gekommen und deshalb nichtig ist, nehmen der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Anton Pfeifer, MdB, und die parlamentarische Geschäftsführerin, Dorothee Wilms, wie folgt Stellung:

Mit seiner Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht alle verfassungsrechtlichen Bedenken bestätigt, welche die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits im Gesetzgebungsverfahren vorgebrachten hatte, und die damals seitens der Bundesregierung mißachtet worden sind.

Die Bundesregierung muß sich nach diesem Urteil ein weiteres Mal den Vorwurf gefallen lassen, daß sie versucht, ihre Politik in nicht verfassungskonformer Weise durchzusetzen.

Darüber hinaus bekräftigt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihren Standpunkt, daß Umlage- und Fondsfinanzierung kein taugliches Mittel sind, um ausreichende Ausbildungsplätze zu gewährleisten und den Jugendlichen eine qualitativ gute Berufsausbildung zu sichern. Die gestiegene Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit der ausbildenden Betriebe in den letzten Jahren hat bewiesen, daß für alle Lehrlinge in den

Betrieben genügend qualitativ gute Ausbildungsplätze bereitgestellt werden. Deshalb hat die CDU/CSU immer wieder mit guten Gründen gefordert, diese überflüssige Abgabe zu streichen, weil sie nur die ausbildenden Betriebe verunsichert.

Bundestagsneubauten nur in bescheidenem Rahmen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich mit den Neubauplänen für die Bundestagsgebäude beschäftigt. Sie sprach sich dabei gegen die Errichtung eines neuen Plenarsaales aus. Die Fraktion tritt dafür ein, eine neue sinnvolle und bescheidene Planung für Fraktions- und Abgeordneten gebäude zu erstellen, die den Bedürfnissen der im Bundestag zur Zeit teilweise unter unwürdigen Bedingungen arbeitenden Beschäftigten und den parlamentarischen Anforderungen gerecht wird. Grundlage der Planung sollen Sparsamkeit und Bescheidenheit unter Berücksichtigung der Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Betriebes sein.

Schlampereien der Bundesregierung

Trotz Steuerflaute, hohen Defiziten und wachsender Verschuldung geht es beim Staat weiter unwirtschaftlich her. Verschwendug von Steuergeldern ist nach wie vor an der Tagesordnung. Das geht aus den soeben veröffentlichten „Bemerkungen“ des Bundesrechnungshofes für das Haushaltsjahr 1978 hervor.

Danach sind im Einzelfall Summen zwischen wenigen tausend bis hin zu einer halben Milliarde DM entweder zweckentfremdet, unsachgemäß, durch Gedankenlosigkeit, gelegentlich durch

Schlimmeres, sinnvoller Verwendung entzogen worden. Da der Bundesrechnungshof nur „Schwerpunkte“ prüft und sich auf Stichproben beschränken muß, können die aufgedeckten Fälle nur als Beispiele öffentlicher Mißwirtschaft angesehen werden. Welche Summen an Steuergeldern tatsächlich verschwendet werden, bleibt weiterhin im dunklen. Hierzu schreibt die „FAZ“:

„Was der Bundesrechnungshof in seinen neuesten Jahres-Bemerkungen wiederum an öffentlicher Schlampelei, Verschwendug von Steuergeldern und offenkundigem Amtsmißbrauch aufgedeckt hat, ist ebenso skandalös wie deprimierend. Skandalös, weil das Ausmaß des Behördenschlendrians offenbar keine Grenzen kennt; deprimierend, weil diese Art von neuzeitlichem Absolutismus anscheinend unausrottbar ist... jedes Jahr werden in schöner Regelmäßigkeit neue Rekorde öffentlicher Mißwirtschaft bekannt. Weder die Steuerflaute noch die hohen Haushaltssdefizite noch eine wachsende öffentliche Verschuldung haben die Verschwendug von Steuergeldern bisher ernsthaft begrenzen können.“

SPD will NATO-Beschluß unterlaufen

Zum Schlußkommuniqué der NATO-Verteidigungsminister erklärte Manfred Wörner, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Verteidigungsminister haben klare Worte gefunden zur zunehmenden Verschlechterung des Kräfteverhältnisses, zum unzureichenden Tempo der Verwirklichung des NATO-Langzeitprogramms und zu den Auswirkungen des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan auf die Sicherheit aller NATO-

Staaten. Der amerikanische Verteidigungsminister hat entschieden auf der Lastenteilung in der Allianz und auf Einlösung der Dreiprozentsusage bestanden. Er hat damit die Ausführungen des deutschen Bundeskanzlers in der Aussprache zur Regierungserklärung unmißverständlich korrigiert und widerlegt.

Während im Kommuniqué der Nachrüstungsbeschuß bekräftigt wird, wächst der Widerstand in der SPD gegen diesen Beschuß. In Bielefeld unterzeichneten 150 prominente Sozialdemokraten, darunter vier Bundestagsabgeordnete, einen Appell an den Bundeskanzler, diesen Beschuß zurückzunehmen. Die CDU/CSU wird nicht zulassen, daß auch die diesjährigen NATO-Empfehlungen Makulatur bleiben. Die Bundesregierung muß ihre Versprechungen einhalten.

Briefe sollen noch teurer werden

Nach dem Motto „Nach den Wahlen zahlen“ sollen nun auch die Postgebühren drastisch um durchschnittlich 30 Prozent erhöht werden, darunter das Porto für Standardbriefe von 60 auf 80 Pfennige. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verkehr und Post der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dieter Schulte, erklärte hierzu:

Dies trifft vor allem den kleinen Mann. Von einer entsprechenden Senkung der überhöhten Fernmeldegebühren ist nicht mehr die Rede. Nach der „Telefonsteuer“ scheint man nun mit einer „Brief- und Paketsteuer“ die beabsichtigte Erhöhung der Ablieferung der Post an den Bundeshaushalt um rund 1,6 Milliarden Mark jährlich finanzieren zu wollen.

■ PARTEITAG SCHLESWIG-HOLSTEIN

Durch gute Kommunal- und Landespolitik neuen Aufschwung

Den 40jährigen Kommunalpolitiker und Oberstleutnant der Bundeswehr, Rolf Rüdiger Reichardt aus Bargteheide, wählte die CDU Schleswig-Holsteins auf ihrem Parteitag am 22. November zu ihrem neuen Generalsekretär. Der mit 258 von 333 Stimmen gewählte neue „General“ wurde Nachfolger von Harm Dallmeyer, der seit der letzten Wahl dem Deutschen Bundestag angehört.

In seinem Rechenschaftsbericht vor den rund 450 Delegierten und Gästen in Eckernförde verlangte der CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, eine stärkere Anziehungs- und Überzeugungskraft der Union in der deutschen Politik. Im Vordergrund sollten dabei Themen wie Wirtschaftswachstum und Umweltschutz, Vollbeschäftigung als Ziel einer Politik für Arbeitnehmer, Frauen- und Familienfragen sowie die Sorgen und Chancen der Jugend stehen.

Als bedeutende Aussage „für unser politisches Wollen“ bezeichnete Stoltenberg das 1978 verabschiedete Grundsatzprogramm der CDU. Doch statt das Programm in der Öffentlichkeit allgemein bewußt zu machen, hätten Kontroversen über Fragen von Strategie, Taktik und Personen in den letzten Jahren zu stark das Erscheinungsbild der Union geprägt. CDU und CSU hätten

nun die Chance für einen wirklichen Neubeginn. Als erstes Signal dazu wertete Stoltenberg die Personal- und Organisationsentscheidungen in der neu konstituierten Bundestagsfraktion.

Zur Deutschland- und Ostpolitik meinte der Landesvorsitzende, der Politik der Union müßten nun die geschaffenen Tatsachen, unabhängig von der Kritik an den Weichenstellungen in der Ära Brandt, zugrunde liegen. Eingehend setzte er sich mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung auseinander. In den Jahren des Wachstums habe sie bis zur Wahl Gas gegeben, und nun fehlten die Reserven, um dem Einbruch wirkungsvoll zu begegnen. Stoltenberg wörtlich: „SPD und FDP haben die Wähler getäuscht; in Bonn regiert der Rotstift.“ Im Jahr 1981 werde man erleben, was Nullwachstum wirklich bedeute, prophezeite der Kieler Regierungschef. Schwere soziale Spannungen brächen auf, auch in der harten und enttäuschten Sprache sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer, die ihrer Partei soeben noch kräftig Wahlhilfe geleistet hätten und nun die Regierung Schmidt nachhaltig attackierten.

Trotz des für die CDU Schleswig-Holsteins enttäuschenden Bundestagswahlergebnisses nannte Gerhard Stoltenberg die politischen Ausgangsbedingungen für die Kommunalwahl 1982 und die Landtagswahl 1983 „keineswegs un-

günstiger" als 1972 und 1976. Er forderte seine Parteifreunde auf, über das Ergebnis dieser Wahl, die in Norddeutschland eine schwere Niederlage bedeutet habe, eine kritische Debatte zu führen, jedoch nicht als Scherbeneggericht oder Nabelschau. Alle CDU-Mitglieder könnten durch gute Kommunal- und Landespolitik für einen Aufschwung im Lande arbeiten. Sein Appell an die Orts- und Kreisverbände: bei der Kandidatenaufstellung vor der Kommunalwahl die Jugend, die Frauen und die Arbeitnehmer stärker einzubeziehen. Dem Landesverband setzte er das Ziel, noch vor dem nächsten Wahltag das 40 000. Mitglied aufzunehmen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion des schleswig-holsteinischen Landtags, Heiko Hoffmann, beklagte die zunehmende Einengung des politischen Handlungsspielraums als Folge der Finanzkrise der öffentlichen Hände. Die Zeit großer Entwicklungssprünge sei vorbei, sagte Hoffmann, und er fuhr wörtlich fort: „Ich bin davon überzeugt, daß die große Mehrheit der Bürger uns dies abnimmt und auch Verständnis dafür hat, daß wir überprüfen müssen, ob wir in der Vergangenheit beschlossene Leistungen in diesem Umfang noch geben können.“

In dreistündiger Beratung verabschiedete der Parteitag 20 Anträge, die fast überwiegend von CDA und Junger Union vorgelegt worden waren. So sprach sich der Parteitag u. a. für eine Verstärkung der Betriebsarbeit, für eine an der Finanzsituation orientierte Fortentwicklung des Familiendarlehens, für eine Belebung der Grundsatzdiskussion in der Partei und für eine Einschränkung der Ämterhäufung aus.

Der neue Generalsekretär Rolf Rüdiger Reichardt, der sein Amt zu Beginn des

kommenden Jahres übernehmen wird, ist langjähriges JU- und CDU-Mitglied und sammelte als Fraktionsvorsitzender in Bargteheide (Kreis Stormarn) seine kommunalpolitischen Erfahrungen. Als Schwerpunkte seiner Arbeit nannte er die Jugend- und Sportpolitik sowie den sozialen Bereich. Reichardt machte deutlich, daß er keine „höheren“ politischen Ziele verfolge. Auf diese Weise könne er nach vier Jahren, für diese Zeit ist er gewählt, ohne Besitzstandsverlust in die Armee zurückkehren.

Matthöfer verlor Kontrolle über die Kasse

Massive Vorwürfe hat der stellv. Fraktionsvorsitzende, MdB Walther Leisler Kiep, gegen Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (SPD) erhoben.

Der Finanzminister scheine die Kontrolle über die Kasse verloren zu haben. Im Oktober habe er plötzlich festgestellt, daß trotz erhöhter Schulden 1,1 Milliarden Mark fehlten. Die Beschaffung der Kredite werde immer schwieriger, erklärte Kiep. Der Finanzminister habe sie zu einem Dritt im Ausland, insbesondere im arabischen Raum, aufnehmen müssen, sonst hätten fällige Rechnungen kaum noch bezahlt werden können. Kiep erklärte weiter, wegen der leeren Staatskasse habe Matthöfer auch der Bundesbahn die vorgesehenen Zu- schüsse kurzfristig gestrichen und damit die ohnehin defizitäre Bahn gezwungen, sich Finanzmittel gegen hohe Zinsen auf dem Kreditmarkt zu beschaffen. Nicht zu Finanzierung von Investitionen, sondern um die Zahlungseinstellung zu vermeiden.

■ PARTEITAG BERLIN

Deutsche Staatsangehörigkeit steht nicht zur Disposition

Der 64. Landesparteitag der Berliner CDU fand erstmalig im Kongreßzentrum ICC statt. Er beschäftigte sich innerparteilich mit einer Änderung der Parteistruktur, symbolisiert durch einen künftigen Generalsekretär, der auf alleinigen Vorschlag des Landesvorsitzenden im nächsten Herbst gewählt werden soll.

Bereits im Frühjahr wird Richard von Weizsäcker die Nachfolge von Peter Lorenz antreten, der seit 1969 den Landesvorsitz innehatte und jetzt Sprecher der Bundestagsfraktion für berlino- und deutschlandpolitische Fragen ist. Stadtpolitisch beschäftigte sich der Parteitag mit dem größten Problem, dem sich Berlin nach 30jähriger sozialdemokratischer Baupolitik gegenüber sieht: der desolaten Situation auf dem Wohnungsmarkt.

Daß nicht nur die Baupolitik des SPD/FDP-Senats unter dem Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe ein Fiasco ist, machte Peter Lorenz von vornherein klar: „Es sieht so aus, als ob mit der für 1984 geplanten Internationalen Bauausstellung auch die größte internationale Blamage auf uns zukommt. Früher haben wir immer gesagt, Berlin müsse wieder regiert werden und nicht nur verwaltet. Heute hat man den Eindruck, Berlin wird weder regiert noch verwaltet. Berlin hat den am schlechte-

sten geführten Senat in den letzten 30 Jahren!“

In der Ost- und Deutschlandpolitik setzte sich Peter Lorenz für neue Bemühungen ein, eine Basis zu finden, die wieder von allen drei Fraktionen gemeinsam getragen werden kann. Auf der Grundlage nüchtern er Abwägung und Beurteilung müsse der ehrliche und nicht durch parteipolitische Taktik getrübte Versuch unternommen werden, eine gemeinsame Standortbestimmung aller im Bundestag vertretenen Parteien vorzunehmen, sagte Lorenz. Die Zeit dafür sei günstig, und man müsse damit aufhören, immer wieder die Schlachten von gestern zu schlagen.

Ausführlich setzte sich Lorenz mit den Methoden und Zielen der sowjetischen Politik auseinander. Er wies darauf hin, daß es den kommunistischen Regierungen des Ostblocks angesichts der Entwicklung der Weltwirtschaft, des Welttourismus und der Nachrichtentechnik immer weniger gelinge, ihre Bevölkerung in Unkenntnis der weltpolitischen Vorgänge zu halten. Ziel der Sowjets sei es, die wirtschaftlichen, finanziellen und technologischen Möglichkeiten des Westens so lange wie möglich für eigene Zwecke nutzbar zu machen, die westliche Welt im Sinne einer Entwicklung zum Kommunismus zu beeinflussen und die westliche Verteidigungskraft zu lähmten.

Von der DDR-Regierung forderte Peter Lorenz die Rückkehr zu den Geschäftsgrundlagen zwischen beiden deutschen Staaten ohne Abstriche und die Einsicht, daß die Frage der deutschen Staatsangehörigkeit nicht zur Disposition stehe. Die CDU trete auch weiterhin für eine vernünftige Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten auf der Grundlage von Leistung und Gegenleistung ein, werde aber ebenso unbeirrt daran festhalten, die Verwirklichung der Menschenrechte in ganz Deutschland und die Selbstbestimmung zu fordern.

Richard von Weizsäcker, der unter großem Beifall der Delegierten erneut seine Bereitschaft zur Übernahme des Landesvorsitzes und zur Kandidatur für das Amt des Regierenden Bürgermeisters bekundete, nannte das Jahr 1980 ein Jahr der Ernüchterung in der Deutschlandpolitik. Die neuen Abgrenzungsmaßnahmen der DDR gegenüber der Bundesrepublik Deutschland setzte er in Zusammenhang mit dem Wunsch der Kreml-Führung, angesichts des im Frühjahr 1981 anstehenden Parteitages der KPdSU eine ungebrochene außenpolitische Generallinie zu haben. Vorrang dabei genieße die Stabilisierung der Machtstruktur im Warschauer Pakt, in dem die SED gegenüber dem Westen stärker exponiert sei als ihre Bruderparteien.

Nachdrücklich warnte Weizsäcker vor der Vorstellung, es könne innerhalb der Ost-West-Beziehungen für die Deutschen so etwas wie eine Insel der Entspannung geben. Solche Vorstellungen einiger Spitzenpolitiker der SPD/FDP-Koalition hätten sich nicht nur im atlantischen Bündnis negativ ausgewirkt, sondern sogar in Moskau irritiert. Die Sowjetregierung wolle die Bundesrepu-

blik gern insoweit mit der DDR zusammenarbeiten lassen, als damit eine Entfremdung in der westlichen Allianz ausgelöst werden könne. Eine echte innerdeutsche Sonderbeziehung aber könne und wolle der Kreml nicht dulden.

Die unglückliche Debatte über eine Teilbarkeit der Entspannung hat nach Weizsäckers Worten den Amerikanern als ein Wunsch der Deutschen erscheinen müssen, die Vorteile der Entspannung zu bewahren, den Schutz der USA weiter zu beanspruchen, sich selbst aber bei der Verteilung der Lasten des Bündnisschutzes klein zu machen. Was den Schutz Berlins betreffe, betonte Weizsäcker, so werde die Sicherheit der Stadt nicht in erster Linie durch das Viermächteabkommen geschützt, sondern durch das Engagement der Schutzmächte unter der Führung der Amerikaner.

Als eine aktuelle Fehlentscheidung des Bundeskanzlers bezeichnete Weizsäcker die Ablösung des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Günter Gaus: Selbstverständlich werde die CDU auch den Nachfolger von Gaus nach Kräften unterstützen. Es bleibe aber der schwere Fehler eines personellen Wechsels in Ost-Berlin nicht wegen deutschlandpolitischer Erfordernisse, sondern nur, um für den Presse- sprecher der Bundesregierung eine andere Verwendung zu finden.

In seinen wohnungspolitischen Beschlüssen sprach sich der Parteitag dafür aus, die Übergangsfrist für die Einführung des sozialen Mietrechts in Berlin noch einmal bis 1990 zu verlängern, da der Senat entgegen seinen feierlich abgegebenen Versprechungen nichts getan habe, um rechtzeitig die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

■ FRAKTIONSVORSITZENDE

Eckpunkte der CDU/CSU zur Bildungspolitik weiter maßgebend

Beschluß der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU aus Bund und Ländern zum Bildungsgesamtplan:

1. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der CDU/CSU bekräftigt ausdrücklich ihre bildungspolitische Position, die sie am 18. Oktober 1979 bei ihrer Konferenz in Fulda als „Eckpunkte der CDU/CSU zur Bildungspolitik“ beschlossen hat.
2. Wie in den „Eckpunkten“ gefordert, besteht für die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der CDU/CSU weiterhin ein Junktim zwischen einer Zustimmung zum Bildungsgesamtplan einerseits und einer verbindlichen Rahmenvereinbarung der Kultusminister andererseits über die qualitative Vergleichbarkeit der Abschlüsse des gegliederten Schulwesens und der integrierten Gesamtschulen als Voraussetzung der gegenseitigen Anerkennung.
3. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der CDU/CSU spricht sich dagegen aus, den fortgeschriebenen Bildungsgesamtplan zu verabschieden, bevor ein solides, mit den Finanzministern abgestimmtes Bildungsbudget zum Bildungsgesamtplan vorliegt.
4. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der CDU/CSU verlangt, daß die Fortschreibung des Bildungsgesamtplans in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung nicht übereilt und nicht eher be-

schlossen wird, bevor nicht die Landtagsfraktionen der CDU und CSU ausreichend Zeit und Gelegenheit gehabt haben, den Entwurf des fortgeschriebenen Bildungsgesamtplans zu beraten und dazu Stellung zu nehmen.

Beschluß zum Thema „Kabelfernsehen“

1. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz begrüßt die zügige Durchführung der vorgesehenen vier Kabel-Pilotprojekte.
2. Sie unterstützt insbesondere die in einem Kabelfernseh-Pilotprojekt vorgesehene private und freie Programmträgerschaft. Wissenschaftliche Begleituntersuchungen sollten in allen Pilotprojekten vorgesehen werden, um die Wirkung des erweiterten Programmangebotes auf den Zuschauer zu untersuchen.
3. Pilotprojekte sollen nur unter Beteiligung der betroffenen Länderparlamente eingerichtet werden.
4. Die Durchführung der Pilotprojekte kann die Länder in der Ausübung ihrer Rundfunkkompetenzen nicht behindern.
5. Rundfunkpolitik hat nur den Rundfunk zum Gegenstand. Der wesentlich erweiterte Bereich der Individualkommunikation entzieht sich hingegen einer staatlichen Reglementierung.
6. Der umfassende gesetzliche Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt wird von den Pilotprojekten nicht berührt.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

Zeitplan des Bundestages für das Jahr 1981

20. Dezember 1980 bis 18. Januar 1981
sitzungsfrei

Woche vom 19. Januar Tagungswoche

Woche vom 26. Januar Tagungswoche

Woche vom 2. Februar sitzungsfrei

Woche vom 9. Februar Tagungswoche

Woche vom 16. Februar Tagungswoche

Woche vom 23. Februar sitzungsfrei

Woche vom 2. März sitzungsfrei

Woche vom 9. März sitzungsfrei

Woche vom 16. März Tagungswoche

Woche vom 23. März sitzungsfrei

Woche vom 30. März Tagungswoche

Woche vom 6. April Tagungswoche

Woche vom 13. April sitzungsfrei

Woche vom 20. April sitzungsfrei

Woche vom 27. April sitzungsfrei

Woche vom 4. Mai Tagungswoche

Woche vom 11. Mai Tagungswoche

Woche vom 18. Mai sitzungsfrei

Woche vom 25. Mai Tagungswoche

(Montag bis Mittwoch)

Woche vom 1. Juni Tagungswoche

Woche vom 8. Juni sitzungsfrei
(7./8. Juni Pfingsten)

Woche vom 15. Juni Tagungswoche
(Montag bis Mittwoch)

Woche vom 22. Juni Tagungswoche
29. Juni bis 6. September Sommerpause

**Woche vom 7. September Tagungs-
woche**

**Woche vom 14. September Tagungs-
woche**

Woche vom 21. September sitzungsfrei

**Woche vom 28. September Tagungs-
woche**

Woche vom 5. Oktober Tagungswoche

Woche vom 12. Oktober sitzungsfrei

Woche vom 19. Oktober Tagungswoche

Woche vom 26. Oktober Tagungswoche

Woche vom 2. November Tagungswoche

Woche vom 9. November sitzungsfrei

Woche vom 16. November sitzungsfrei

**Woche vom 23. November Tagungs-
woche**

**Woche vom 30. November Tagungs-
woche**

**Woche vom 7. Dezember Tagungs-
woche**

14. Dezember 1981 bis 9. Januar 1982
sitzungsfrei

Union In Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis: jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf

UiD